

Presseinformation

Tabakwerbeverbot: Gleichstellung mit E-Zigaretten ein fatales Zeichen

Die E-Zigarettenverbände üben scharfe Kritik an der grundlosen Gleichbehandlung von Tabak und E-Zigaretten. Gemeinsame Pressemeldung des Verbands des eZigarettenhandels (VdeH) und des Bündnisses für Tabakfreien Genuss (BfTG).

Berlin, 10.12.2019 – Die Unionsfraktion positionierte sich in der Fraktionssitzung am 10. Dezember zum "Verbraucher- und Gesundheitsschutz bei Tabakprodukten und E-Zigaretten" und beabsichtigt u.a., das Tabakwerbeverbot auch 1:1 auf E-Zigaretten zu übertragen. Diese ungerechtfertigte Gleichstellung mit der nach wissenschaftlichem Konsens deutlich weniger gesundheitsschädlichen E-Zigarette festigt Vorurteile und verspielt gesundheitspolitische Chancen.

Bei der Diskussion rund um das Tabakwerbeverbot zeichnet sich ab, dass bei der für Tabak geplanten Ausweitung der Werbeverbote die E-Zigarette erneut unter die Räder der Regulierung geraten soll. Dabei handelt es sich um zwei Produktgruppen, die unterschiedlicher nicht sein können und es gelten schon jetzt strenge Regeln bei Werbung für E-Zigaretten, die die deutschen Branchenverbände mit einer Selbstverpflichtung sogar noch übertreffen. [1]

"Erst kürzlich hat eine repräsentative forsa-Umfrage [2] ergeben, dass 57 Prozent der Bevölkerung fälschlicherweise glaubt, dass E-Zigaretten mindestens genauso schädlich seien wie Tabakrauch - oder sogar schädlicher. Nun beabsichtigt der Gesetzgeber, genau diese Fehlvorstellung noch zu zementieren, indem er beim Werbeverbot Tabak und E-Zigaretten gleichbehandeln will," sagt Michal Dobrajc, Vorsitzender des Verbands des eZigarettenhandels (VdeH).

Dustin Dahlmann, Vorsitzender des Bündnisses für Tabakfreien Genuss (BfTG) bestätigt: "Unsere jüngst durchgeführte Branchenumfrage [3] ergab, dass 88 Prozent der E-Zigaretten-Händler in Deutschland über teils massive Umsatzeinbrüche aufgrund starker

Presseinformation

Verunsicherung der Verbraucher klagen. In der Folge kehren Nutzer wieder verstärkt zur Tabakzigarette zurück. Die sachgrundlose Gleichbehandlung der E-Zigarette mit der Tabakzigarette wird diese Verunsicherung und den fatalen Trend nur noch weiter anfachen."

Wissenschaftlicher Konsens

Anerkannte Experten und Institutionen, in Deutschland wie weltweit, sind sich einig [4], dass E-Zigaretten um Größenordnungen weniger schädlich sind als Tabakrauch. Suchtforscher wie der Frankfurter Prof. Dr. Heino Stöver fordern, dass in Deutschland die wissenschaftliche Evidenz anerkannt gehöre und die große Chance für die öffentliche Gesundheit ergriffen werden müsse. [5] Eine Gleichstellung der E-Zigarette mit dem Tabakwerbeverbot läuft dem nicht nur unmittelbar zuwider, sie vermittelt der Bevölkerung auch den völlig falschen Eindruck: Tabakrauch und E-Zigaretten werden gleich reguliert, sie sind also gleich schädlich.

Unbegründete Sorgen

Das Argument der Befürworter dieser Gleichstellung, man müsse verhindern, dass Jugendliche und Nichtraucher durch Werbung zum Einstieg in den Konsum animiert würden, ist emotional nachvollziehbar, alle Studien und Untersuchungen zeigen aber das Gegenteil: 99,7 Prozent der E-Zigarettennutzer sind (ehemalige) Raucher [6], die regelmäßige Nutzung von E-Zigaretten unter Jugendlichen steigt nicht, sondern sinkt. [7] Der möglicherweise steigende Einmal- oder Probierkonsum unter Minderjährigen verwundert nicht, schlägt sich jedenfalls aber nicht in regelmäßiger Nutzung nieder, was wir in Deutschland auch dem funktionierenden Jugendschutz zu verdanken haben.

Verspielte Chancen

Dustin Dahlmann: "Ohne ausreichende Informationen bleibt Rauchern die deutlich weniger schädliche Alternative verschlossen. Ein Werbeverbot für E-Zigaretten zementiert den Tabak-Konsum. Raucher bleiben Raucher."

"Werbung ermöglicht es, der vorherrschenden Desinformation zu begegnen und die Öffentlichkeit aufzuklären. Dass dies auf eine verantwortungsvolle Weise geschehen muss,

Presseinformation

versteht sich von selbst. Solange die Fehlvorstellungen der Verbraucher anhalten und solange öffentliche Stellen nichts unternehmen, um erwachsene Raucher zum Umstieg und Ausstieg zu motivieren, muss es der Branche möglich bleiben, genau dies zu tun," ergänzt Michal Dobrajc.

Trotz aller Kritik bekräftigen beide Verbände ihre Bereitschaft, für einen konstruktiven Dialog weiterhin zur Verfügung zu stehen und so eine Regulierung mit Augenmaß zum Wohle der Verbrauchergesundheit zu erreichen.

Quellen:

[1] Leitlinien VdeH: <https://bit.ly/38jDRVT>

Leitlinien BfTG: <https://bit.ly/38opr6F>

[2] Forsa-Umfrage 2019: <https://bit.ly/2PuBxmo>

[3] BfTG-Umfrage 2019: <https://bit.ly/2sb40FI>

[4] Bayerischer Rundfunk 01.10.2019 (stellvertretend für viele weitere Berichte):
<https://bit.ly/2Puglg8>

[5] Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2019: <https://bit.ly/348f7wz>

[6] Deutsche Befragung zum Rauchverhalten 2018 (DEBRA-Studie): <https://bit.ly/2t64fCv>

[7] Drogen- und Suchtbericht 2019 S. 36, Abb. 13: <https://bit.ly/34bzTuV>

Über das BfTG

Das BfTG vertritt seit 2015 kleine und mittelständische Unternehmen der deutschen E-Zigaretten-Branche. Es repräsentiert rund drei Viertel des Marktes und agiert absolut unabhängig von der Tabakindustrie. Dabei setzt es sich für einen sachlichen Dialog zu notwendigen Regulierungen sowie dem gesundheits- und wirtschaftspolitischen Potenzial der E-Zigarette ein. Zu den Mitgliedern zählen namhafte Liquid- und Hardwarehersteller sowie Groß- und Einzelhändler aus ganz Deutschland.

Rückfragen & Kontakt:

Bündnis für Tabakfreien Genuss e.V.

Vorsitzender: Dustin Dahlmann

Pressesprecher: Philip Drögemüller

Telefon: +49 (0) 30 209 240 80

E-Mail: presse@bftg.org

Web: www.tabakfreiergenuss.org